NEWSLETTER

09

2023

OKTOBER

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

SPD

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030/22771260

Wahlkreisbüros

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
02722/6576884

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
02722/6576884

www.nezahat-baradari.de/

https://www.facebook.com/Baradari2023/

https://www.instagram.com/nezahatbaradari/

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Am vergangenen Wochenende wurden die Uhren wieder auf Normalzeit gestellt. Leider haben wir politisch alles andere als „Normalzeit“. Die vielfältigen Krisen habe ich schon oft skizziert und muss sie hier nicht weiter ausführen. Am 7. Oktober erreichte uns die nächste Hiobsbotschaft. Durch einen Großangriff der Hamas auf Israel und die Reaktion der israelischen Regierung droht sich der Nahostkonflikt zu einem Flächenbrand auszuweiten, der auch weitreichende Auswirkungen auf Europa und Deutschland haben könnte. Wir müssen alles tun, um das zu verhindern.

Ich verurteile den Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israelis und hoffe, dass die Geiseln im Gazastreifen bald freigelassen werden und zu ihren Familien zurückkehren können. Israel hat das legitime Recht, sich zu verteidigen. Das militärische Vorgehen im Gazastreifen und die damit in Kauf genommene hohe Zahl ziviler Opfer, darunter vor allem Kinder, auf palästinensischer Seite kann ich jedoch nicht gutheißen. Hier wird die Verhältnismäßigkeit überschritten. Bei der letzten Bombardierung eines Flüchtlingslagers in Gaza kamen viele unschuldige Menschen, darunter auch israelische Geiseln ums Leben.

Deutschland hat angesichts der über sechs Millionen Jüdinnen und Juden, die während der NS-Diktatur in Europa ermordet wurden, eine besondere Verantwortung und muss jeder Form von Antisemitismus und Judenfeindlichkeit jederzeit entschieden entgegentreten.

Unabhängig davon muss aber auch eine differenzierte und kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Regierung möglich sein und bleiben; so gibt es auch innerhalb des Staates Israel durchaus skeptische Töne gegenüber der rechten bis rechtsextremen Regierung und ihrem Vorgehen nicht nur bei der angestrebten „Justizreform“, sondern auch im aktuellen Konflikt.

Antisemitische Ausschreitungen in unserem Land gegen Menschen jüdischen Glaubens und gegen Synagogen sind nicht hinnehmbar. Ebenso inakzeptabel ist es, wenn Menschen muslimischen Glaubens in Kollektivhaft genommen, Moscheen beschmiert und antimuslimische Parolen gesellschaftsfähig gemacht werden. Deeskalierende Sprache und ein kühler Kopf sind jetzt wichtiger denn je - auch angesichts von Hass und Hetze in den sogenannten sozialen Medien. Trotz des großen Leids auf beiden Seiten sollten wir nicht mit Schaum vor dem Mund reden, sondern die Debatte sachlich führen, um den rechten Kräften in unserem Land keinen weiteren Nährboden zu geben. Hoffen wir, dass die diplomatischen Bemühungen an diesem Brandherd erfolgreich sind. Es muss mindestens eine humanitäre Pause geben, wie die UNO, die USA, die EU, Ärzte ohne Grenzen und die große Mehrheit der Weltgemeinschaft fordern.

Harter Themenwechsel: Das Abschneiden unserer Partei bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern und das gleichzeitige Erstarken der AfD auch in diesen beiden großen westdeutschen Flächenländern ist besorgniserregend. Hier haben wir noch viel aufzuarbeiten, ohne durch Aktionismus und Schnellschüsse voreilige und falsche Schlüsse zu ziehen. Gerade in der Migrationspolitik müssen wir besonnen vorgehen und dürfen uns nicht von Umfragen und dumpfen Stimmungen verleiten lassen. Denn auch diese Menschen suchen Sicherheit vor Krieg und Verfolgung und nicht, wie Friedrich Merz wohl meint, unsere Zahnärzte. Dennoch wollen und müssen wir irreguläre Migration begrenzen, um unsere Sozialsysteme vor Überlastung zu schützen. Gleichzeitig brauchen wir wieder mehr Arbeitsmigration, damit unsere Sozialsysteme auch in Zukunft ausreichend finanziert sind.

Eine neue Studie spricht Bände über den Rassismus in Deutschland gegenüber insbesondere schwarzen Menschen. Das ist beschämend und erschreckend.

Aber es gibt auch „Normales" in diesem Newsletter zu berichten: So gibt es mit dem ersten Spatenstich für den Neubau der Rahmedetalbrücke Licht am Ende des Tunnels. Im Bundestag haben wir ein 45-Milliarden-Paket für die Verkehrsinfrastruktur auf den Weg gebracht. Ich berichte von zwei SPD-Veranstaltungen vor Ort mit vielen interessanten Gästen und Diskussionen. Über den Krankenhauszukunftsfonds fließen 13 Millionen Euro an Kliniken im Kreis Olpe und im südlichen Märkischen Kreis und die SPD-Bundestagsfraktion stärkt die ambulante kinderärztliche und kinderpsychotherapeutische Versorgung. Bei der Wirtschaftskonferenz der SPD-Bundestagsfraktion ging es um die Frage, wie wir gemeinsam Industrie und Mittelstand in Deutschland stärken können. Mit dabei waren auch einige Vertreter mittelständischer Unternehmen aus meinem Wahlkreis.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat eines umstrittenen, aber bedeutenden und einflussreichen Staatsphilosophen der Neuzeit, das auch gut zu den Problemen unserer Zeit passt. Niccolò Machiavelli schrieb in seinem 1531 erstmals erschienenen Hauptwerk Discorsi

„Es ist unbestreitbar wahr, und die ganze Geschichte bezeugt es, dass die Menschen dem Schicksal nur helfen, sich ihm aber nicht widersetzen können. Sie können seine Fäden spinnen, aber nicht zerreißen. Niemals dürfen sie sich selbst aufgeben. Da sie die Absichten des Schicksals nicht kennen und da es krumme und unbekannte Wege geht, sollen sie immer Hoffnung haben und sich nie selbst aufgeben, in welcher Lage und Not sie auch sein mögen." [1]

In diesem Sinne wünsche ich allen, dass sie die Hoffnung auf ein baldiges Schweigen der Waffen, auf Frieden in der Ukraine und auf eine Zweistaatenlösung im Nahen Osten nicht aufgeben. Trotz allem - habt einen schönen Herbst!

Eure

Nezahat

PS: Bitte geht auf Nummer sicher! Wer sich gegen das Influenza- und Coronavirus impfen lässt, schützt sich und andere vor schweren Krankheitsverläufen.

1 (Discorsi, Gedanken über Politik und Staatsführung, Stuttgart: Kröner 2007, S. 227; Erstveröffentlichung: 1531)

INHALT

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD! 1

Austausch mit Klinikleitungen im Wahlkreis 4

Licht am Ende des Tunnels und 45 Milliarden für die Verkehrsinfrastruktur 5

„Pizza und Politik“ in Kirchhundem 6

Tresengespräch in Lüdenscheid 6

Krankenhauszukunftsfonds: 13 Millionen für Kliniken im Kreis Olpe und dem südlichen Märkischen Kreis 7

Mittelständische Unternehmen aus dem Wahlkreis in Berlin 8

Gut geschützt vor Grippe und Corona 9

Menschen auf der Suche nach Sicherheit 11

SPD-Bundesfraktion stärkt ambulante Versorgung 13

Alarmierend und beschämend: Rassismus gegen Schwarze in Deutschland 14

Neue Broschüre: „Wir stärken unsere Kommunen“ 16

Neue Ausstellung: „Home Street Home – Wege aus der Obdachlosigkeit“ 15

IMPRESSUM V. i. S. d. P.: Nezahat Baradari, Mitglied des Deutschen Bundestages; Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Tel. 030 – 227 71260,
E-Mail: nezahat.baradari@bundestag.de
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Bundestagsbüro Nezahat Baradari MdB

Austausch mit Klinikleitungen im Wahlkreis

Gemeinsam mit dem Berichterstatter unserer Fraktion für die Krankenhausreform, Dr. Christos Pantazis MdB, habe ich mich Anfang Oktober in einem digitalen Gespräch mit den Geschäftsführungen im Märkischen Kreis und im Kreis Olpe ausgetauscht, um zu erfahren, wo der Schuh drückt und wo die Bundespolitik helfen kann.

Wir haben ausführlich über die Auswirkungen der Krankenhausreform, die anstehenden Veränderungen in der Krankenhauslandschaft sowie die aktuelle Situation der Häuser gesprochen. Die finanzielle Lage der Krankenhäuser in Deutschland ist finanziell leider oft angespannt.

Mit der Krankenhausreform stellen wir die stationäre Versorgung qualitativ und finanziell auf neue Füße und schaffen bessere Bedingungen für die Kliniken und die Patienten. Außerdem wird eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt. Ganz zentral sind dabei drei Maßnahmen, die die Reform beinhaltet

1. Wir führen sogenannte Leistungsgruppen ein. Für diese werden klare Qualitätskriterien formuliert, die ein Krankenhaus einhalten muss. Die Zuweisung zu den Leistungsgruppen erfolgt durch die Länder.
2. Wir wollen die Kliniken durch Vorhaltepauschalen auf gesicherte finanzielle Beine stellen — unabhängig von der Höhe der Fallzahlen. Die Geldzuflüsse sollen sich unter anderem nach den Leistungsgruppen richten, die einem Krankenhaus zugeteilt werden. Somit ist die Finanzierung der Kliniken nicht mehr ausschließlich von der Fallzahl abhängig.
3. Mit dem Krankenhaustransparenzgesetz sorgen wir außerdem dafür, dass die Daten, auf deren Grundlage die Zuteilung zu Leistungsgruppen erfolgt, umfangreicher und besser werden. Zusätzlich bekommen Patienten so mehr Informationen über die Qualität der Krankenhäuser in ihrer Nähe.

Natürlich braucht die Umsetzung der Reform ihre Zeit. So haben sich Bund und Länder nach aktuellem Stand zwar auf die Eckpunkte der Krankenhausreform geeinigt, eine endgültige Einigung zu steht aber noch aus.

Auch deshalb haben wir im Bundestag im Zuge des Krankenhaustransparenzgesetzes einige Maßnahmen verabschiedet, um die akute Situation der Krankenhäuser kurzfristig abzumildern. Etwa werden Tarifsteigerungen beim Pflegepersonal frühzeitig durch den Bund refinanziert, erhöhte Pflegekosten ausgeglichen und das Pflegeentgelt erhöht.

Klar ist aber auch: die Finanzierung der Krankenhäuser ist nicht ausschließlich Aufgabe des Bundes. Hier sind vor allem auch die Länder in der Pflicht: Denn während der Bund in den letzten Jahren außerhalb der regulären Finanzierung über 31 Milliarden Euro für den stationären Bereich zur Verfügung gestellt hat, vernachlässigen die Länder ihre finanziellen Verpflichtungen seit Jahrzehnten. So hat etwa das Land NRW seine Investitionskostenfinanzierung zwischen 1991 und 2017 um 47,9% reduziert. Noch im letzten Jahr hat die Investitionsfinanzierung durch das Land gerade einmal knapp 50% der zum Erhalt der Krankenhäuser in NRW notwendigen Summe gedeckt . Hier muss das Land NRW dringend nachsteuern.

Licht am Ende des Tunnels und 45 Milliarden für die Verkehrsinfrastruktur

Der 5. Oktober 2023 war ein guter Tag für die Region. Bundesverkehrsminister Wissing und die Bundesautobahn GmbH hatten zum Baubeginn der Talbrücke Rahmede eingeladen.

Mit dem Einschlagen eines Wegpunktes markierte Minister Wissing einen Wendepunkt in der Situation rund um die A45. Mit großer Kraftanstrengung ist es uns gelungen, den Bau der Brücke endlich zu beginnen. Wir und vor allem die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Beschäftigten sind zwar noch nicht am Ende des Tunnels, aber wir sehen endlich Licht an dessen Ende. Jetzt heißt es aber auch: Nicht nachlassen und anpacken für die Menschen im südlichen Märkischen Kreis!

Aber auch gesetzgeberisch waren wir nicht untätig und haben im Bundestag ein großes Gesetzespaket für unsere Infrastruktur auf den Weg gebracht, ein sehr wichtiger und notwendiger Schritt.

Wir werden in den nächsten Jahren 45 Milliarden zusätzlich in die Schieneninfrastruktur investieren. Damit wollen wir die Bahn schneller, pünktlicher und zuverlässiger machen und einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Die Situation auf der Schiene hat sich in den letzten Jahren zum Teil deutlich verschlechtert und die bisherigen Bundesverkehrsminister haben darauf viel zu lange nicht angemessen reagiert. Diesen Knoten haben wir als Ampel nun mit einem umfangreichen Investitionsprogramm durchschlagen. Finanziert wird dieses Programm unter anderem durch die Ausweitung der Lkw-Maut auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen.

Darüber hinaus haben wir – auch als Lehre aus dem Desaster um die Rahmedetalbrücke – massive Planungsbeschleunigungen beschlossen. Wir werden Schieneninfrastrukturprojekte beschleunigen, Engpässe beseitigen, die Schnellladeinfrastruktur für Elektroautos ausbauen und vor allem Brücken sanieren – über 4.000 in ganz Deutschland. Weniger Bürokratie und schnelleres Handeln helfen uns in Zukunft, unsere Verkehrsinfrastruktur zukunftsfest zu machen und die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.
Abgerundet wird das Paket durch die erleichterte Anordnung von Tempolimits durch die Kommunen, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten.

Aus meiner Sicht ist das Paket ein Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik, dem ich aus voller Überzeugung zustimmen konnte – im Gegensatz zu meinem CDU-Kollegen Florian Müller, der trotz anderer Lippenbekenntnisse im Wahlkreis leider gegen das Gesetz gestimmt hat

Weitere Infos zum Infrastrukturpaket findet ihr auf der Internetseite der SPD-Fraktion.

„Pizza und Politik“ in Kirchhundem

Unlängst war ich bei der SPD Kirchhundem zu „Pizza und Politik“ in der gemütlichen Pizzeria Piccola in Welchen-Ennest zu Gast.
Flüchtlingspolitik, Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Mangel an Arbeitskräften insbesondere in der Pflege, der wachsende Antisemitismus, Rassismus und die Islamophobie, die Europawahl, der Kreishaushalt, Straßenausbaubeiträge etc. brannten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter dem Nagel.

Neben mir waren auch die Landtagsabgeordnete Christin-Marie Stamm, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Gemeinderat Kirchhundem, Manuel Behle und der Kreistagsabgeordnete Peter Nelles vor Ort. Danke an den Ortsverein Kirchhundem und den stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Märker für die Einladung und die guten Diskussionen!

PS: Unser neues SPD-Mitglied Jasmin war mit von der Partie.
Und dann gab es noch die gemütliche kleine Runde mit den Betreibern der Pizzeria Piccola. Wir kommen bestimmt nochmal!

In der „rappelvollen“ Altstadt-Gaststätte „Frida’s“ berichtete ich aus Berlin und sprach über die Halbzeitbilanz der Koalition. Kritische Fragen zur Leistung und Kommunikation der Ampel und zu den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen standen im Mittelpunkt. Wir müssen mehr auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und die Ergebnisse unserer Arbeit in klaren Sätzen formulieren.

Tresengespräch in Lüdenscheid

Direkte Kommunikation ist das A und O.
Das 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr, die Schuldenbremse, das Bürgergeld, der aktuelle Haushalt, die Wohnungsnot, der Abbau unnötiger Bürokratie, die Kindergrundsicherung und vieles mehr waren Themen der Diskussion in Lüdenscheid.

Vielen Dank an Fabian Ferber für die gute Moderation und an die SPD Lüdenscheid für die gute Organisation! Übrigens: „Frida’s“ wird getragen von dem unkommerziellen, mitgliedergestützten Kulturverein Frieda e. V. in Lüdenscheid. Wie ich finde, eine ganz besonders gute Idee!

Krankenhauszukunftsfonds: 13 Millionen für Kliniken im Kreis Olpe und dem südlichen Märkischen Kreis

Bund und Länder hatten sich für den Krankenhauszukunftsfond zusammengetan, um die Digitalisierung deutscher Krankenhäuser zu fördern. Insgesamt wurden dafür 4,3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Beitrag setzt sich zusammen aus 3 Milliarden Euro durch die Europäische Union finanzierten Bundesmitteln und 1,3 Milliarden Euro, die seitens der Länder beigesteuert wurden. 892 Millionen Euro standen aus dem Fonds für das Land NRW zur Verfügung. Nun wurden die letzten Förderbescheide für Mittel aus dem Fonds versandt.

Von dieser endgültigen Aufteilung der Mittel profitieren auch Kliniken in meinem Wahlkreis Olpe – Märkischer Kreis I. Rund 13 Millionen Euro sind an die Häuser vor Ort ausgezahlt worden, davon 9 Millionen aus Mitteln des Bundes. Die Märkischen Kliniken Lüdenscheid erhielten ca. 6,4 Millionen Euro, die Sportklinik Hellersen ca. 1 Million Euro, die Helios-Klinik Attendorn ca. 1,3 Millionen Euro und das Klinikum Olpe ca. 4,3 Millionen Euro. Verwendet wird das Geld etwa für die Einführung von digitalem Medikationsmanagement oder ein Patientenportal für digitales Aufnahme- und Entlass-Management.

Ich begrüße die Förderung der Kliniken in Südwestfalen und sehe dies als weiteren Beleg dafür, dass der Bund in den vergangenen Jahren die Kliniken in Deutschland mit Nachdruck unterstützt hat. 22 Milliarden Corona-Hilfen, über 6 Milliarden Energiehilfen, 3 Milliarden für den Krankenhausstrukturfonds – der Bund tut mitnichten nichts für die Kliniken im Land. Das darf in den Debatten zur Krankenhausreform nicht vergessen werden. Es gibt ein erhebliches Investitionsdefizit bei den Kliniken, das eigentlich vom Land gedeckt werden müsste. Hier ist Minister Laumann in der Pflicht. Man kann nicht auf seine Rechte in der Krankenhausplanung pochen, aber gleichzeitig immer nach Berlin rufen, wenn es einmal teuer wird!
Über die aktuelle Lage, die Probleme und Sorgen der Krankenhäuser habe ich mich auch mit den Geschäftsführern der Kliniken im Märkischen Kreis und dem Kreis Olpe ausgetauscht (s. S. 3)

Foto: AdobeStock_569456968-mrmohock

Mittelständische Unternehmen aus dem Wahlkreis in Berlin

Zusammen mit Maximilian Müller (li.) und Sebastian Menn

Bei der Wirtschaftskonferenz der SPD-Bundestagsfraktion ging es darum, wie wir gemeinsam Industrie und Mittelstand in Deutschland stärken können. Denn in Zeiten großer Herausforderungen, multipler Krisen und rasanter Veränderungen brauchen wir eine mutige, zukunftsorientierte Politik, die anpackt. Eine zentrale Aufgabe der Politik ist es dabei, einen politischen Rahmen zu schaffen, der Industrie und Mittelstand in der Transformation stärkt, gute Arbeit ermöglicht, Wachstum schafft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und Europas erhält.

Wie wir die Transformation erfolgreich gestalten können, darüber haben wir als SPD-Bundestagsfraktion mit wichtigen Akteuren aus den Wahlkreisen, aus der Bundesregierung und aus Europa diskutiert. Besuch zur Konferenz aus meinem Wahlkreis hatte ich von Maximilian Müller und Sebastian Menn.

Gut geschützt vor Grippe und Corona

Im Herbst rückt das Thema **Grippeimpfung** wieder in den Mittelpunkt. Besonders für ältere Menschen kann die Grippe schwer verlaufen und sogar tödlich sein. Mediziner empfehlen daher, sich ab Oktober rechtzeitig gegen Grippe impfen zu lassen.

Grippeviren verändern sich ständig. In dieser Grippesaison treten verschiedene Subtypen auf. Daher müssen die Antigene in den Impfstoffen gegen Grippe an die wahrscheinlich zirkulierenden Virusvarianten angepasst werden, um einen Grippeschutz zu gewährleisten.

Die Weltgesundheitsorganisation gibt jährlich Empfehlungen zur Zusammensetzung von Influenzaimpfstoffen heraus, die die Grundlage für die Anpassung der Influenzaimpfstoffe für die kommende Grippeimpfsaison auf der Nordhalbkugel der Erde bilden. Diese Empfehlungen beruhen darauf, welche Grippevirusvarianten auf der Südhalbkugel zirkulieren, wo die Grippesaison ein halbes Jahr vor der Saison auf der Nordhalbkugel beginnt. Nach Angaben der US-amerikanischen Centers for Disease Control and Prevention (CDC) haben sich die Grippeimpfstoffe für die Saison 2023/24 auf der Südhalbkugel als wirksam erwiesen, wie das Deutsches Ärzteblatt schrieb. Zusammenfassend deuten diese vorläufigen Daten darauf hin, dass Grippeimpfstoffe mehr als die Hälfte der grippebedingten Krankenhauseinweisungen bei Kleinkindern, Personen mit Vorerkrankungen und älteren Erwachsenen wirksam verhindern konnten.

Generell gilt: Eine Impfung ist die beste Maßnahme, um sich und andere vor einer Erkrankung zu schützen. Die Ständige Impfkommission empfiehlt die Impfung vor allem für Risikogruppen. Dazu gehören Menschen ab 60 Jahren, Schwangere und chronisch Kranke. Auch Bewohnerinnen und Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen, medizinischem und pflegerischem Personal sowie Kontaktpersonen bestimmter Risikogruppen wird die Impfung empfohlen.

Aber auch **Corona** ist nicht „vom Tisch". Unterschätzt bitte nicht die Gefahren, die gerade in der jetzt beginnenden kalten Jahreszeit im Herbst und Winter noch davon ausgehen! Trotzdem ist auch in diesem Herbst wieder mit zahlreichen Infektionen zu rechnen. Auch neue Varianten sind auf dem Vormarsch. Aus der Omikron-Variante haben sich neue Subtypen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Mutationen entwickelt, die uns jetzt im Herbst zu schaffen machen könnten. Inzwischen gibt es aber einen angepassten Impfstoff.

Ich schließe mich den Empfehlungen der STIKO an, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen bzw. die Impfung auffrischen zu lassen.

Ziel ist es weiterhin, schwere und auch tödliche COVID-19-Verläufe zu verhindern, mögliche Langzeitfolgen von SARS-CoV-2-Infektionen in der Gesamtbevölkerung so gering wie möglich zu halten und das medizinische und pflegerische Personal vor SARS-CoV-2-Infektionen zu schützen.

Besonders gefährdete Personengruppen haben nach wie vor ein hohes Risiko, an SARS-CoV-19 schwer zu erkranken und leider auch zu versterben. Dazu gehören vor allem Menschen über 60 Jahre, Menschen mit Vorerkrankungen und Menschen in Pflegeeinrichtungen.

Bitte geht auf Nummer sicher! Wer sich gegen das Influenza- und Coronavirus impfen lässt, schützt sich und andere vor schweren Krankheitsverläufen.

Über 60-Jährige sollten auch an die Impfungen gegen Pneumokokken und Gürtelrose denken, bei Kindern sollten ohnehin alle Standardimpfungen durchgeführt oder nachgeholt werden. Dazu gehört auch die Impfung gegen Kinderlähmung (Polio). Die Polio-Impfung ist sehr wirksam und ermöglicht es uns, die Krankheit weltweit auszurotten. Hier machen wir große Fortschritte: Zwei der drei Varianten gelten heute als ausgerottet und die Zahl der Erkrankungen ist im Vergleich zu den 1980er Jahren um 99,9 Prozent gesunken. Mehr Informationen zur Polio-Impfung gibt es beim RKI.

Bitte geht auf Nummer sicher! Wer sich gegen das Influenza- und Coronavirus impfen lässt, schützt sich und andere vor schweren Krankheitsverläufen.

Menschen auf der Suche nach Sicherheit

Foto: AdobeStock_271900847-Pixel-Shot

Die Migrationspolitik ist weiterhin ein Thema, das viele Menschen bewegt – uns als SPD natürlich ebenso. Nicht nur durch den furchtbaren Angriffskrieg Putins auf die Ukraine sind viele Menschen zu uns nach Deutschland geflohen. Leider gibt es weltweit auch weitere Kriegs- und Konfliktherde, aus denen Menschen auf der Suche nach Sicherheit fliehen.

Wir stehen fest zu unserer humanitären Verantwortung: Das individuelle Recht auf politisches Asyl muss weiterhin Bestand haben und entsprechend umgesetzt werden. Wir wissen aber auch um die Schwierigkeiten und Herausforderungen, vor denen die der Bund, die Länder und die Kommunen stehen, die viele Menschen aufnehmen.

Daher gilt es nicht nur, bereits ergriffene Maßnahmen auszubauen, sondern auch neue Lösungen zu finden: Auf **europäischer Ebene** geschieht dies durch das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS). Denn: Deutschland kann die aktuellen Probleme nicht alleine

lösen, wir brauchen eine Lösung gemeinsam mit unseren Partnern in der EU. Auf europäischer Ebene haben wir eine historische Einigung im EU-Rat erreicht mit einem Neustart beim Umgang mit Geflüchteten. Aber: Die Last darf nicht auf wenigen Schultern liegen, auch Länder wie Polen oder Ungarn müssen hier ihrer Verantwortung gerecht werden und mehr Menschen aufnehmen.

In Sachen **Grenzkontrollen** gilt: Es bleibt dabei - wir wollen keine Schlagbäume in der EU. Grenzkontrollen sorgen nicht für weniger Zugang von Geflüchteten, aber dafür, dass es einen besseren Überblick über die Migrationslage gibt – und sie dienen dazu, Schleuser effektiver zu bekämpfen. An den Schengen-Binnengrenzen führt die Bundespolizei verstärkte Maßnahmen durch (etwa Schleierfahndung). An den Landesgrenzen zu Polen, zu Tschechien und zur Schweiz hat die Bundespolizei ihre Maßnahmen besonders intensiviert.

Wir müssen auch Maßnahmen zur **Bekämpfung der Schleusung** ergreifen: Neben verstärkten Grenzkontrollen soll die Ausweisung von Schleusern erleichtert und die bisher straffreie Schleusung Minderjähriger künftig strafbar werden. Dazu kommt die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz sowie ein besserer Austausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

Wir brauchen allerdings schnelle, rechtskräftige **Asylverfahren**. Schon 2022 haben wir Erleichterungen bei den Asylverfahren und im Asylprozessrecht geschaffen. Die bisher langen Verfahren werden dadurch deutlich verkürzt – wenn denn auf Länderebene die Gerichte so ausgestattet sind, dass Verfahren schnell zum Abschluss gebracht werden können.

Bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten leisten unsere Kommunen Herausragendes. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen seit Jahren in erheblichem Umfang bei der **Flüchtlingsfinanzierung**. Die Bundesmittel werden in diesem Jahr um eine Milliarde Euro auf mehr als 16 Milliarden Euro aufgestockt. Im November soll weiter über das Thema diskutiert werden.

Um die Kommunen weiter zu entlasten sollen insbesondere gesetzliche Änderungen geschaffen werden, die zu verbesserten und beschleunigten **Rückführung** abgelehnter Asylsuchender führen. Die Entwürfe für das „Rückführungsverbesserungsgesetz" sollen zeitnah durchs Kabinett.

Dazu kommt: Georgien und die Republik Moldau wurden als **sichere Herkunftsstaaten** eingestuft. Durch die Einstufung können die Anträge schneller bearbeitet und die Aufenthaltsdauer in Deutschland verkürzt werden.

Bereits in Verhandlungen sind auch sogenannte **Migrationspartnerschaften**, bei denen es unter anderem um klare Regeln für die Rückübernahme von Menschen ohne Bleiberecht geht – etwa aus Kenia, Kolumbien, Usbekistan und Kirgisistan.

Mit dem beschlossenen **Chancenaufenthaltsrecht** geben wir langjährig geduldeten Menschen in Deutschland eine echte Perspektive. Durch diese Regelung können bis zu 137.000 grundsätzlich Anspruchsberechtigte profitieren, die bisher oft nicht arbeiten durften und somit Sozialleistungen in Anspruch nehmen mussten.

Integration bleibt ein großes Thema. **Integrationskurse** sind nun für alle Asylsuchenden, unabhängig ihrer Herkunft oder der Bleibeperspektive, geöffnet. Zudem wollen wir Asylsuchende und Geduldete schnell in Arbeit bringen.

Mit der beschlossenen Weiterentwicklung des **Fachkräfteeinwanderungsgesetzes** haben wir eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit geschaffen. So haben auch Menschen, die nicht aus der EU kommen, mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten. Wir sind auf Arbeitsmigration angewiesen. So haben wir etwa im Pflegestudiumgesetz die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in der Pflege vereinfacht. Zudem bauen wir bürokratische Hürden ab und beschleunigen die Verfahren für die Erteilung eines Visums

SPD-Bundesfraktion stärkt ambulante Versorgung

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung KBV hat sich mit einer Petition an den Bundestag gewandt, in der sie darum bittet, die Arztpraxen vor Ort zu stärken und sich für Ihren Erhalt einzusetzen.

Patientinnen und Patienten erwarten zu Recht auch auf dem Land eine gute ärztliche Versorgung – das beinhaltet die medizinische Grund- und Notfallversorgung, die möglichst wohnortnah erfolgen soll. Nötig dafür ist unter anderem die verbesserte Zusammenarbeit zwischen ambulantem und stationärem Sektor. Dafür braucht es unter anderem bessere Informationsflüsse sowie weniger bürokratische und finanzielle Hürden – auch um die Grenzen zwischen diesen Sektoren zu überwinden.

Zur Stärkung der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte in der ambulanten Versorgung haben wir als SPD-Fraktion bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht:

Wir haben die Honorare für die ambulante Kinderheilkunde und die Kinder- und Jugendpsychiatrie aus dem Honorarbudget herausgenommen. Die Leistungen dieser Ärztegruppen sind jetzt nicht mehr gedeckelt. Hierfür habe ich mich aktiv als Berichterstatterin für Kinder- und Jugendgesundheit eingesetzt und freue mich über diesen Fortschritt. In Zahlen sind es 104 Millionen Euro mehr an Finanzmitteln, die hier zur Verfügung stehen.

Um die Digitalisierung auf diesem Sektor weiter voranzutreiben sind das E-Rezept und die elektronische Gesundheitsakte wichtig. Wir haben bereits geregelt, dass Arztpraxen eine monatliche Pauschale erhalten, um die Telematik-Infrastruktur zu refinanzieren. Denn hohe IT- und Softwarekosten stellen die Arztpraxen für große Herausforderungen.

Foto: AdobeStock_248126076–Jacob Lund

Zur Überwindung der Sektorengrenzen führen wir eine sektorengleiche Vergütung ein. Das dient dem Zweck, dass Behandlungen, die nicht unbedingt eine stationäre Aufnahme erfordern, in Zukunft verstärkt ambulant erbracht werden. Das soll auch zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen – natürlich ohne dass die Qualität der medizinischen Versorgung für die Patientinnen und Patienten darunter leidet. So muss ein Patient beispielsweise für eine ambulant operierbare Leistenhernie nicht stationär aufgenommen werden.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, setzen wir uns als trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen auch für die Aufhebung der Budgetierung der ärztlichen Honorare im hausärztlichen Bereich ein.

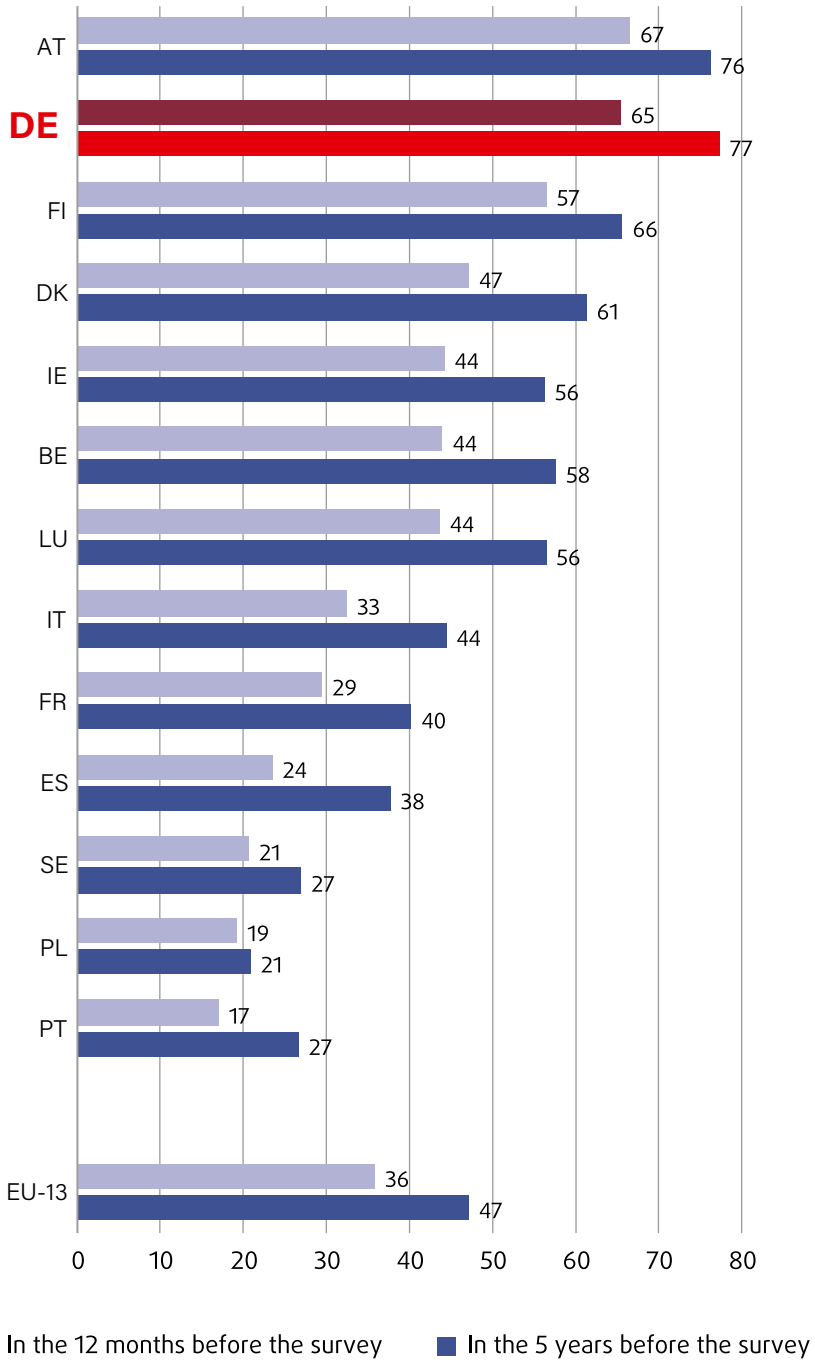
In der Honorarrunde für die Ärzte hat man sich auf einen Anstieg der Honorare für 2024 lediglich um 3,85 Prozent verständigt trotz Inflation, anwachsende Kosten für Material und Personal. Die Finanzmittel für die ambulante Versorgung steigen damit bereits um rund 1,6 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Honorarverhandlungen haben vor dem Hintergrund eines hohen strukturellen Defizits der GKV-Finanzen stattgefunden. Alles andere hätte eine weitere Beitragssteigerung für die Krankenversicherten bedeutet. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Alarmierend und beschämend: Rassismus gegen Schwarze in Deutschland

Schwarze werden in Deutschland aufgrund ihrer Hautfarbe immer stärker diskriminiert. Rassismus und Diskriminierung sind inakzeptabel. Die Bemühungen Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten sollten darauf gerichtet sein, sicherzustellen, dass Menschen afrikanischer Herkunft ihre Rechte ohne Rassismus und Diskriminierung wah rnehmen können.

Deutschland schneidet am schlechtesten in einer Studie über Rassismus gegen Schwarze in etwa einem Dutzend EU-Staaten ab. 77 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten fünf Jahren aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion benachteiligt worden zu sein. Die vor kurzem von der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) veröffentlichte Erhebung zeigt dies auf. Deutschland hat laut einer Umfrage unter 13 EU-Ländern mit afrikanischstämmigen Menschen den höchsten Anteil an rassistischen Diskriminierungen und Übergriffen.

Außerdem wurden in Deutschland 54 Prozent der Befragten belästigt und 9 Prozent haben persönliche Gewalterfahrungen gemacht. Über die Hälfte der befragten Schwarzafrikaner und Schwarzen in Deutschland fühlten sich bei der Suche nach Arbeit diskriminiert. Der Durchschnittswert unter den 13 Staaten lag bei etwa einem Drittel. Und in deutschen Schulen sind fast 40 Prozent der Afrodeutschen Schülerinnen und Schüler rassistischen Beleidigungen oder Drohungen ausgesetzt.



NEUE BROSCHÜRE: „WIR STÄRKEN UNSERE KOMMUNEN“

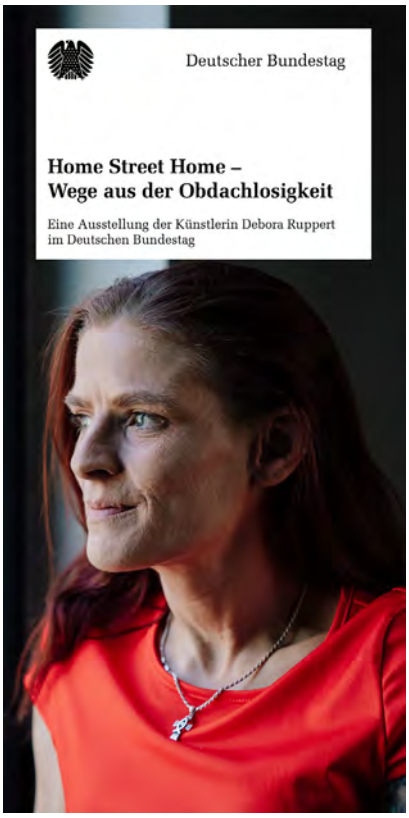
Die neue Broschüre der SPD-Fraktion „Wir stärken unsere Kommunen“ ist verfügbar (A6, 72 Seiten, Oktober 2023)

Zu Bestellen unter: https:/www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen oder zum Direktdownload als PDF-Datei unter https:/www.spdfraktion.de/system/files/documents/kommunalepolitik_a6_2023.pdf

NEUE AUSSTELLUNG: „HOME STREET HOME – WEGE AUS DER OBDACHLOSIGKEIT“

Die Ausstellung Home Street Home wurde kürzlich von der Bundestagspräsidentin eröffnet. Sie porträtiert 18 Menschen, die den Weg aus der Obdach- und Wohnungslosigkeit zurück in ein eigenes Zuhause gefunden haben. Die Ausstellung beleuchtet verschiedene Fragen rund um das Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit: Was bedeutet es, in Notunterkünften oder auf der Straße zu leben? Wie fühlt es sich an, wieder eine Wohnung zu haben? Was müssen Gesellschaft und Politik tun, um dem Problem angemessen zu begegnen?

Die Perspektiven der Menschen zeigen, was für die meisten selbstverständlich, aber nicht für alle Realität ist: Jeder Mensch braucht einen sicheren Rückzugsort. Hier werden Biografien sichtbar, die von Ausgrenzung, zerrütteten Herkunftsfamilien, Kriminalität, Sucht, Prostitution und Resozialisierung geprägt sind. „Home Street Home“ fordert einen gesellschaftspolitischen Impuls zum Handeln.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: https:/www.bundestag.de/ausstellung-home-street-home

Übrigens bin ich am 20. November beim Obdachlosen-Freundeskreises (OFK) der evangelischen Kirchengemeinde im Lüdenscheider Ortsteil Oberrahmede zu Gast und freue mich schon jetzt auf den Austausch mit den ehrenamtlichen Helfern und den Betroffenen.